



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Hitzevorsorge als kommunale Daseinsvorsorge stärken – Menschen vor den Folgen extremer Hitze schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, verbindlich und langfristig dafür Sorge zu tragen, dass Ziele und Maßnahmen der Klimaanpassung

- vulnerable Gruppen systematisch schützen,
- Gesundheits-, Sozial-, Pflege- und Planungsstrukturen besser vernetzen,
- soziale Ungleichheiten und besondere Belastungen hitzegefährdeter Bevölkerungsgruppen ausgleichend berücksichtigen.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert,

- praktikable Unterstützungsangebote für kleinere Kommunen für Klimaanpassung und Hitzevorsorge zur Verfügung zu stellen,
- insbesondere Hitzevorsorge in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern in der kommunalen Klimaanpassung zu fördern,
- die Kommunen dabei zu unterstützen, Hitzeaktionspläne zu erstellen und umzusetzen,
- das Förderfenster „Klimaschutz in den Kommunen (KommKlimaFÖR)“ anzupassen und wieder zu öffnen.

Begründung:

In Deutschland kann Hitze zu einem tödlichen Wetterextrem werden. Die gesundheitlichen Folgen betreffen insbesondere ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke, Kinder, Schwangere sowie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Die Folgen von Hitze sind daher nicht allein eine Frage des Klimaschutzes oder der Stadtplanung, sondern eine zentrale Herausforderung der kommunalen Gesundheits- und Daseinsvorsorge in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

Ob Menschen wirksam vor Hitze geschützt werden, entscheidet sich häufig auf kommunaler Ebene: in Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Krankenhäusern, sozialen Einrichtungen, auf öffentlichen Plätzen und in Wohnquartieren. Die Kommunen, insbesondere kleinere Kommunen, benötigen deshalb konsequente Unterstützung bei der Verzahnung von Klimaanpassung, Gesundheitsvorsorge und sozialer Infrastruktur.